

26.3.2020

## Beschluss des Koordinierungsausschusses (KOA) des BBE zur Konferenz zur Zukunft Europas

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission: »Ich will, dass die Europäerinnen und Europäer die Zukunft unserer Union gestalten. Sie sollten eine führende, eine aktive Rolle spielen, wenn wir unsere Prioritäten und Zielvorgaben festlegen. **Ich will, dass die Bürgerinnen und Bürger bei einer Konferenz zur Zukunft Europas zu Wort kommen**, die 2020 beginnen und zwei Jahre laufen soll. Diese Konferenz soll die Europäerinnen und Europäer zusammenbringen und unseren jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben.« (Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa, 16. Juli 2019, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission)

Seit von der Leyen diesen Vorschlag noch als Kandidatin für das Amt der Kommissionspräsidentin öffentlich machte, haben der Europäische Rat, die Kommission, das Europaparlament, nationale Regierungen und Parlamente und eine nicht mehr zu überblickende Zahl an Thinktanks und Organisationen der europäischen und deutschen Zivilgesellschaft mehrfach dazu Stellung bezogen. Das überwiegende Urteil aller Stellungnahmen fiel positiv aus. Zu offensichtlich liegen die Schwächen der Europäischen Union zu Tage. Niemand bestreitet mehr die Notwendigkeit, der europäischen Demokratie neue Impulse zu geben.

Je mehr sich jedoch die Konturen zur Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas abzeichnen, ja lauter werden auch die kritischen Stimmen, die auf die Gefahren hinweisen, die in einer zu strategisch ausgerichteten Konferenz liegen. Zwar soll sie »ein neues öffentliches Forum für offene, inklusive, transparente und strukturierte Bürgerdebatten« sein, von dessen Teilnahme prinzipiell niemand ausgeschlossen sein darf. Zugleich werden aber die in der Vergangenheit etablierten Bürgerdialoge als Blaupause für den Ablauf der Konferenzen präsentiert (Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, 22.1.2020).

Gerade diese vom französischen Präsidenten Macron 2017 mitinitiierten »Bürgerkonvente« haben die offensichtliche Schwäche einer unkoordinierten Bürgerbeteiligung offenbart, die kaum Regeln für Organisation, Ablauf, Transparenz, Zielsetzung und Verwendung der Befunde festgelegt hat. Deutlich wurde vor allem auch, dass engagierte Vereine und die organisierte Zivilgesellschaft als demokratieerfahrene Organisationen eine zu geringe Berücksichtigung fanden. Das sollte in der Konferenz zur Zukunft Europas nicht wieder geschehen.

## **Beschluss**

Der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission und die bisher gemachten Anstrengungen der Organe der EU zur Durchführung einer Konferenz zur Zukunft Europas für 2020 bis 2022. Das BBE hält neue Impulse für ein deutlich stärker sozial und partizipativ ausgerichtetes Europa für dringend geboten.

Damit der Prozess erfolgreich ist, ist im Rahmen des Partizipationskonzepts die Beteiligung der Akteure der organisierten Zivilgesellschaft gemäß ihrer gesellschaftlichen Bedeutung erforderlich. Das BBE und seine europäischen Partnerorganisationen weisen nachdrücklich darauf hin, dass in ihren Reihen seit Jahren der fachliche Dialog über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft Europas (sozial, kulturell, politisch) mit Millionen von Engagierten und Hauptamtlichen geführt wird. Dabei fließen intensive praktische Erfahrungen in die Bedarfsformulierungen einer zivilgesellschaftlichen Agenda ein. Daher ist eine stärkere Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in Europa in die Partizipationskonzepte der EU erforderlich.

Das BBE weist darauf hin, dass mit Art. 11 EUV bereits die rechtlich geeigneten und verbindlichen Mittel zur partizipativen Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in »einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog« mit den Organen der EU gegeben sind. Das BBE fordert daher ausdrücklich die Berücksichtigung der organisierten Zivilgesellschaft nach Art. 11 in allen Phasen der Konferenz zur Zukunft Europas. Hierin sieht das BBE die große Chance, der Demokratie und den Werten der EU neue Impulse zu verleihen und den Bürgerinnen und Bürgern Europas Vertrauen in ihre Institutionen zurückzugeben.